



**Wahl des Europäischen Parlamentes
am 25. Mai 2014**

**Antworten der SPD
zum Fragenkatalog vom
Netzwerk Grundeinkommen**

Im Grundsatzprogramm der SPD haben wir uns zur Erwerbsarbeit als Schlüssel für Teilhabe am gesellschaftlichen Leben bekannt. Dazu gehört vor allem auch, seinen Lebensunterhalt selbst durch die eigene Leistungsfähigkeit zu erarbeiten. Wichtig ist deshalb, dass Arbeit gerecht entlohnt wird, soziale Sicherung ermöglicht, Anerkennung bietet, nicht krank macht, erworbene Qualifikation nutzt, demokratische Teilhabe garantiert und der Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglicht.

Erwerbsarbeit ist nicht nur Einkommensquelle, sondern auch Sinnstiftung durch soziale Kontakte und die Erfahrung, dass sie eine Tätigkeit ausüben, die gesellschaftlich nachgefragt wird. Ein anderes Gesellschaftsbild steht stattdessen hinter dem Grundeinkommen: Es wirkt wie eine „Exklusionsprämie“: Diejenigen, die sozial ausgegrenzt sind, sollen nicht in den Arbeitsmarkt integriert werden, sondern in ihrer prekären Lage verharren.

Die Soziale Marktwirtschaft ist das Leitbild der SPD für die EU. Das Soziale Europa ist kein Gegensatz zu wirtschaftlicher Dynamik. Im Gegenteil: Es ist die Voraussetzung für wirtschaftlichen Erfolg. Genauso wie es die Voraussetzung für die Hoffnungen und Entfaltung eines jeden Einzelnen ist. Chancenlosigkeit motiviert nicht, sie lähmt und verängstigt. Unsicherheit bringt Menschen nicht zusammen, sie schürt Misstrauen und Vorurteile.

Deshalb ist es wichtig, die bewährte Tradition der Sozialstaatlichkeit in Deutschland und Europa zu bewahren und zu stärken. Die SPD fordert, dass die EU die Sozialstaatlichkeit in den Mitgliedsstaaten respektiert und sie nicht rein marktwirtschaftlichen Interessen unterwirft oder im Zuge der Krisenpolitik massiv aushöhlt. Wer wirtschaftliche Prosperität und soziale Teilhabe gegeneinander ausspielt, verkennt, dass beide keine Gegensätze sind, sondern sich bedingen und stärken. Auch wollen wir soziale Mindeststandards europäisch vereinbaren, um europaweit ein möglichst hohes soziales Schutzniveau zu erreichen.

Perspektivisch tritt die SPD dafür ein, dass wir gemeinsame europäische Ziele für nationale Sozial- und Bildungsausgaben gemessen an der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der EU-Staaten vereinbaren.

Dort, wo wirtschaftliche Aktivität grenzüberschreitend ist, dürfen Arbeitnehmerrechte nicht an den Grenzen Halt machen. Auch in Europa muss Augenhöhe zwischen Arbeit und Kapital, zwischen Arbeitnehmerschaft und Unternehmertum gelten. In diesem Sinne will die SPD eine soziale Marktwirtschaft in Europa gestalten und eine europäische Sozialunion aufbauen.